

Verpflichtungsbildung so bald wie möglich verlangt werden
... der Freiheit. Diese Grenze ist die Freiheit Englands eben-
so sehr wie die Freiheit Frankreichs. In einem derartigen
Vertrage gebe es weder Beschläger noch Beschützte
(allgemeiner Beifall). Irgend es gebe Freunde und
Hilfskräfte; aber in dieser Gemeinschaft müsse soweit als
möglich allen Angelegenheiten keine Rolle vorgelegt werden.
Der Ministerpräsident sprach abends von den „militärischen
Vorbereitungen in Deutschland“. Die Sozialisten hätten er-
klärt, daß ihre französischen Freunde von den deutschen Ar-
beitern mit Beifall begrüßt wurden; die beiden Ar-
beiter hätten aber darüber verächtelt.
Der Abg. Paul Boncourt rief daraufhin: **Obne die
deutschen Gewerkschaften hätte General Wolff seine Auf-
gabe nicht durchführen können.**
Poincaré erwiderte: Aber in einem Berichte des Gene-
rals Wolff finde ich diese Tatsache verzeichnet. Die Arbeiter
sind verpflichtet gewesen, sich Bürgerkrieg gegen Deutschland zu
verschaffen. Er wolle gern annehmen, daß Deutschland sich demo-
kratisieren und pazifistisch werde. Aber inzwischen müßte er, wie
Briand das in Washington gelang habe, feststellen, daß Deutsch-
land weder moralisch noch materiell abgerichtet
habe. Der Abg. Chauvaud rief: Warum haben Sie dem
deutschen Heere gestattet, seine Waffen zu behalten, anstatt es auf
den Schlachtfeldern zu entmannen?
Poincaré erwiderte: Der Präsident der Republik unterzeichnet
keinen Waffenstillstand. Sie werden mirgenes seine Unterfertigung
sehen.

Abg. Barthou rief: Pontius Pilatus.
Der Kammerpräsident erklärte, eine derartige Haltung sei einer
Volksvertretung unwürdig. Poincaré fährt fort, er wolle nur
für Dinge verantwortlich sein, die er unternehmen habe. Als ein
Mitglied der auserwählten Staatsgerichtsbehörde rief, entsetzt
großer Värm. Die Rufe und die Rechte bombardierten
einander mit Zwischenrufen. Schließlich erklärte Poincaré,
Frankreich müsse diese Verhandlungen mit seinen Alliierten fortsetzen,
gestützt auf seinen eigenen Willen, und mit allen seinen Freunden
auf dem Fuße der Gerechtigkeit. Der Vertrag von
Verdunne verführe alle, er binde alle untereinander, wie er
Deutschland den Alliierten gegenüber binde. Abg. Barthou rief:
Hierauf erregte Abg. Herriot das Wort. Ueber verschiedene
Fragen der inneren Politik ließe die Ratskammer mit dem Ministerium
nicht einverstanden. Was die äußere Politik betreffe, so seien sie
der Ansicht, daß die Konferenzen der Geheimdiplomatie
vorzuziehen seien. Die Konferenz von Genoa sei zu be-
zweifeln, auch daß Rußland dort vertreten sei. Hier sei das einzige
Mittel gegeben, um Rußland dem deutschen Einflusse zu entziehen.
Wenn ein Mann wie Lloyd George eine so folgenschwere Ent-
scheidung treffe, könne Frankreich sich nicht beunruhigen, aber es
dürfe die Frage der Reparationen nicht mit der Frage
des wirtschaftlichen Wiederaufbaues von Europa ver-
binden lassen. Deutschland, unter Aufsicht der englischen
Finanz, suche nach einem Mittel, die beiden Fragen miteinander
zu verquiden. Das sei dieser Tage klar aus den Worten hervor-
gegangen, die Reichstag der Arbeit von der Weltkongress-
kommission gesprochen habe. Wenn man die Schwäche beider
gewisse, Deutschland zu gestalten, die Reparationsfrage wieder
aufzurollen, so würde man ein Leichtes begehen. Dieses
Wandern müßte die französische Regierung umhinde machen.
Frankreich habe Deutschland verurteilt, es sei nicht für die
Verdeutschung verantwortlich. Herriot lud das durch Zahlen
zu beweisen und fuhr auch daranein, daß Deutschland sich
weigere, Steuern aufzubringen. Er spricht ferner von
den Unterirdischen, die den Getreidebauern zuteil werden,
woburd das Defizit geschlossen werde. In Hamburg habe er
gesehen, daß Deutschland seine Handelsflotte wieder
aufbaue, die in fünf Jahren das sein werde, was sie vor dem
Kriege gewesen sei. Die Reparationen könne Deutschland nur zahlen,
wenn Handel und Industrie die innerlichen Opfer brächten.
Herriot erklärte zum Schluß, in der äußeren Politik könne man
nieht auf die Unterzeichnung der rathlosen Barriere zählen.
Darauf wurde, wie bereits gemeldet, die Vertretungs-
tagungsordnung Tages angenommen.

Aus der Rede des Abgeordneten Marc Souquet ist folgendes
noch zu sagen: Er sagte, es wäre bezeichnend für Poincaré,
wenn man glaube, daß der Ministerpräsident nicht mit dem
Schriftsteller der „Revue des deux Mondes“ übereinstimme,
aber der Mitarbeiter der „Revue des deux Mondes“ habe die augen-
blickliche Lage so bitter dargelegt. Die Politik der Zukunft könne
nicht anders sein, als die der Vergangenheit. Es gebe in Deutsch-
land nicht nur Menschen von schlechtem Willen, es gebe dort auch
ehrenhafte Menschen. Abgeordneter Wolff rief daraufhin:
Es gibt nicht einen Menschen in Deutschland, der nicht die
Kebane will! Marc Souquet bemerkt sich in längerer Aus-
einandersetzung zu beweisen, daß es in Deutschland zahlreiche über-
zeugte Pazifisten gebe. Viele Deutsche hätten gegen die „preu-
sische Beherrschung“ gekämpft. Sie dürften nicht durch die
Haltung Frankreichs entmutigt werden.

Nach den Morgenblättern ist die Priorität der Tages-
ordnung Tages, die während der Sitzung verhandelt wurde,
nicht mit 472 gegen 107, sondern mit 434 gegen 74 Stimmen
bei 74 Enthaltungen ausgesprochen worden. Die Vertretungs-
tagungsordnung selbst wurde mit großer Mehrheit angenommen,
gegen die Priorität der Tagesordnung Tages haben gekümmert:
2 Kommunisten, 2 Sozialisten, 7 Abgeordnete, die seiner Partei an-
gehören, 74 Abgeordnete haben sich der Abstimmung ent-
halten, nämlich 12 republikanische Sozialisten, 53 Radikale, 4 Mit-
glieder der demokratisch-republikanischen Linken und Mitglieder der
republikanischen und sozialistischen Fraktionen, 1 Mitglied der Partei
Tages, 3 Mitglieder, die seiner Partei angehören, und schließlich der
Kammerpräsident, der die Sitzung leitete.

Amerika und Frankreich.
Eine erneute Mahnung des „Times“-Redakteurs Stead.
Paris, 19. Januar. (W. Z. B.)
Das „Journal des Debats“ veröffentlicht einen Brief des Chef-
redakteurs der „Times“, William Stead, an Auguste Gobain.
Darin heißt es u. a.: „Im Interesse Englands und Frankreichs
hätte es gelegen, der Washingtoner Konferenz zu einem
schnellen und vollständigen Erlolge zu verhelfen, um Amerika
zum Anker der internationalen Zusammenarbeit beizugehen. Das
hat die französische Delegation, wie aus ihrer Haltung
in der Frage der Land- und Seerichtungen hervorgeht, nicht be-
günstigt. Einige sehr kluge deutsche europäische Politiker haben die Idee
gehabt, die amtliche amerikanische Meinung darüber zu sondieren,
ob der Washingtoner Konferenz nicht eine wirtschafts- und Finanz-
konferenz folgen könne. Das geschah unmittelbar nach
Verbreitung des „sonderbaren“ Memorandums der französischen Marineoffiziere. Die
amerikanische Presse, in deren Neuzugungen die Franzosen die
Folgen einer abendwährenden antifranchesischen Kampagne zu er-
blicken glauben, hat sich tatsächlich unter dem Einflusse der ameri-
kanischen Regierung bemüht, die Entziehung des ameri-
kanischen Zuanms zwischen den Vereinigten Staaten und Europa
haben in der Zukunft der Unabhängigkeit der europäischen Staaten
eine Bestätigung für die Richtigkeit ihres Standpunktes gesehen.
Im Westen und im mittleren Westen der Vereinigten Staaten, wo
der eigentliche Sitz der öffentlichen Meinung ist, hat man der
Regierung geraten, die sofortige Liquidierung
der europäischen Schulden zu verlangen. Hieraus
erklärt sich die bedeutungsvolle Resolution von Mac Cormick.
Unter diesen Umständen wäre es, wenn man seinen
wirtschaftlichen Druck mit den Vereinigten Staaten
wollte, erforderlich gewesen, die Grund-
lagen für die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu schaffen
und sich zu bemühen, die Besorgnisse Frankreichs wegen seiner mili-
tairischen Sicherheit durch ein Garantieabkommen zu be-
schwichtigen. Das haben Briand und Lloyd George begriffen, aber
die Konzentration der französischen öffentlichen
Meinung hat den Erfolg verhindert. Vielleicht werden sich
England und Frankreich noch einigen, vielleicht aber auch nicht,
aber inzwischen wird die Washingtoner Konferenz geschlossen werden
und eine gewisse Bitterkeit bei dem amerikanischen Publikum zurück-
lassen. Wie Amerika kann Europa seine wirtschaft-
lichen Schwierigkeiten nicht lösen werden, und ohne
seine Beteiligung wird der Wiederaufbau Rußlands in deutsche Hände
geraten. Deshalb ist es außerordentlich bedauerlich, daß Frankreich
in den letzten Monaten so viele günstige Gelegenheiten unbenutzt
gelassen hat.“

Franz Grillparzer.

Gestorben am 21. Januar 1872.
Von Franz Biel. (Nachdruck verboten.)

„Lesterreicher zu sein, ist bürgerlich und politisch genommen das
Schlimmste, was man sein kann... Die ganze Welt wird durch den
neuen Umfassung sich erkälten, nur Lesterreicher wird daran zer-
fallen. Der Nachbarn des Vaters, die damit die Dystonie
des einzigen Staatsbonds ausmacht, die wechselseitige Rationalabneigung
der einzelnen Vorkämpfer hegen und nähren, hat indes die Schuld...
Wie unbedeutend schwebt die Erde wieder sich diese Nationen zer-
streuen, wenn der fortgeschrittene Zeitpunkt die Gewalt des sternen-
reichen Joches spindelt oder bricht... Ich hätte dieses Land, halb ein
Kapua, halb eine Fronte der Seelen, zeitig verlassen müssen,
wenn ich ein Dichter hätte bleiben wollen. Nun ist's zu spät, mein
Inneres ist getrocknet...“ — schrieb Grillparzer in seinem Tagebuch
nach dem Sturz des Kaisertums. Wie in Lesterreich, litt weiter unter
ihm und wurde dieses Reiches größter und letzter Dichter. In Hof-
mannsthal tät nur noch das Echo einer Tradition, widerhallende
Stimme, mit höchster Arbeit, eines Tones, der nicht mehr aus
festig atmen den Lungen kommt. Daneben hat sogenanntes Wiener-
sches noch einiges Leben, Lesterreichs nicht mehr. Das Lebens-
element dieses österreichischen Geistes, das Barock, ist verbraucht bis
auf den letzten Rest, ist nicht mehr vorhanden, wie dieses alte Lester-
reich selber.

Goethe, Meißner, Grillparzer: drei Dichter beladen den geschärfsten
Sinn für das politische Wesen ihres Volkes. Dies kann nur jene er-
heben, die nicht wissen, daß die Dichter den ausgeprägtesten Sinn
für das Nützliche besitzen, so daß dieser Sinn sie vornehmlich aus-
zeichnet. Wenn die kleinen Völker absteig politisieren, so tun sie
hier, was sie auch in ihrem Dichten tun: sie machen Defamation aus
dem Keeren ins Keere. Sind unwichtig in allem. Doch wie heute,
wenn überhaupt welche, nur kleine Völker haben, kann man an
ihrem Politisieren erkennen.

Aus dem kaiserlichen Bohren, aus dem erhablichsten Franken
kam das Barock nach Lesterreich, gestaltete hier am Spanischen des
Johes seine kaiserliche Blüte, genährt aus Säften, die dem Gedrech
des Volkes entzogen, bekam von ihnen die Nahrung. Ganz anders
wandelte sich auf diesem Boden die Wiederbelebung des Antiken, denn
hier war es seit bei Völkern immer auf eine Weise lebendig ge-
blieben, zumal auf die katholische Weise. Kaum gibt es gelehrte öster-
reichische Romaniker, und die im 1800 antikernden Lesterreicher
imitieren deutsche nordische Völker. Aber Grillparzers Hero ist eine
weiche, ärtliche Wienerin mit Gräbchen in den Wangen.

Seine Ethik sind Staatsaktionen, wie es die barocken Jesuiten-
dramen waren. Der Herrscher und die Beherrschten sind das Thema,

die Gerechtigkeit das Problem. Dieses Politische ist Grillparzer
immer das Wichtigste. Man darf, was sich heute alles in diesem Be-
griff unterbringt und unterbringen möchte, nicht mit dem ver-
wechseln, was ehemals und dem Dichter als das Politische galt: als
Ankupp des Unglücks auf höherer Stufe, als Hofmannsthal es de-
finiert. Wer die verborgenen Kräfte anzuwand weiß, dem gehören
hier das ist der große politische Mensch. Der Dichter acht die
Macht und weiß auf sie hin mit untrüglichen Gefühl. Dieses
Ahnungsbegehnen und die untrügliche Sicherheit des Gefühles be-
sitzt Grillparzer, der nie ein dynamisches Sich nicht gegeben hat und
nie ein Volksheld. Denn er war kein rhetorischer Mensch. Er hatte
keine Partei. Die Macht als solche war ihm feindlich Ziel, was
immer sie auch Gütes verprechen möchte. Die Macht schaffte eine
Ednung. Kulturelle Aufgabe ist es, sei sie welcher Art immer,
zu verkünnen, zu vergeistigen, praktisch zu machen. „Vergeistigung
des Politischen und Militarischen“, wie Goethe die Kultur definiert.

Grillparzer ist nur in einem sehr allgemeinen Sinne ein nation-
aler Dichter: im Sprachlichen. Er war ein österreichischer Dichter.
Er kennt und konnte nur den Begriff des Volkes kennen, nicht den der
Nation. Es gab ein österreichisches Volk, insofern es sich als eine
sehr bestimmte österreichische Geistesart äußerte: gegenwärtig bis
zum Leichnam, hinter bis zum Leberum, tolerant bis zur An-
differenz, schon und part bis zur Grillparzerhaftigkeit und Verwechslung,
ungenau im Definitorischen bis zur — Mist.

Im deutschen Norden hat man Grillparzer immer wie einen
Fremden, allenfalls einen Fremden von Distanz behandelt. Das
wird auch weiter so bleiben. Wird sich aggaviieren, da es Grill-
parzers Lesterreich nicht mehr gibt, schon seit Jahrzehnten nicht
mehr gab. Das heutige Deutschland kann sich von Grillparzer nichts
mehr sagen lassen. Das ist ein Urteil über dieses Deutschland, nicht
über dieses Dichters große Gestalt. Das heutige Deutschland kann sich
von ihm nichts mehr sagen lassen: Das ist eine Klage über das heutige
Lesterreich.

Die Eröffnung der internationalen Theaterausstellung

in Amsterdam im südlichen Museum erfolgt am 21. Januar.
Edward Gordon Craig, der englische Theaterreformer, wird die
Ausstellung eröffnen, die auch von Deutschland aus stark besucht
worden ist und bis Ende Februar geöffnet bleibt.

Neue Mitteilungen.

Der auf Sonnabend angelegte 2. Vor-
trag von Dr. Schacht im Kunsthistorischen Museum auf den 1.
Februar verbleiben werden. — Am 21. Januar bricht im Pfälzer
Koblenz der Wissenschaften Professor Dr. Ulrich Euh
über. — Der veranlaßte Aufbruch zum 21. Januar
— Der veranlaßte Aufbruch zum 21. Januar
250 betonen Abend. — Der nächste Deutsche Kunstabend der
Kunstvereinsgesellschaft für verleihten Literaturwissenschaft am 21. Januar
im Museum für Kunst und Gewerbe in Berlin. — Der
abend. — Der nächste Deutsche Kunstabend der
Kunstvereinsgesellschaft für verleihten Literaturwissenschaft am 21. Januar
im Museum für Kunst und Gewerbe in Berlin. — Der

Corinth.

Im Salon Gurlitt.

Louis Corinth — das ist ein offenkundiger Väterken, den man in
München mit Erfolg abendlich dreifert hat, und der denn, durch
die Berliner Geseßion befreit, mit solchen Entsetzen aus dieser
Dressur entließ, daß er in der letzten Jageloffizier auch das fort-
wahr, was als kein guter Tradition in der Akademie fortlebte: Form
und Gehmaß. Das macht einen großen Teil seiner übermäßigen
Produktion ungenießbar. Ist aber doch auch wieder die Ursache,
daß seine besten Ethik — mandant Bilder, die nur Teile von
Ländern — zu seine Entfremdungen eines ursprünglichen Malgenies
sind, wie sie in der ganzen modernen Zeit nicht zum zweiten Male
vorkommen. Das Wertvollste ist, daß die fopistische Schwärze
des Biermischgigehärs die Gemalt seinen Ausbruchs nicht
hindert, sich von Jahr zu Jahr zu heigen.
Sein Werk — nicht diese Ausstellung, die auch ein paar frühe
Bilder, aber ganz Kategorie nicht zeigt — sein Werk kann zeigen,
was der wirkliche Sinn des viel mißbrauchten Wortes Entwicklung
ist. Entwicklung eines Künstlers geistlich nicht durch Gräbeln und
Vektüre, sondern ganz allein durch Arbeit, die mit ethischer Empfin-
dung betrieben, das Selbst befreit und bereichert. Unklaffe? Gewiß,
Corinth war dunkel mit der Akademie, wurde blond mit der Ge-
seßion und farblich mit dem Expressionismus. Aber er hat trotzdem
immer seinen unveränderbaren eigenen Ton gehabt. Sein Gehmaß für
die Schönheit der Farbe ist organisch gewachsen. Und vor allem ist
seine Malweise immer freier, größer, knapper geworden nur durch
Erlebung des Sandwerts.

Viele Entwicklung ist keineswegs geradlinig gewesen. Corinth hat
phantastische Szenen (zu deren Komposition er in seinem Buch über
Malerei Beispiele von unvorfindlicher Naivität gibt). Aber auch diese
Arbeit hat dem Maler vorwärts geschoben.

Was er jetzt kann, ist seine Malerei, die Dinge nicht mehr mit
ihren sachlichen Grenzen zeigt, sondern als ein Gewebe von Farb-
werten, das über Abgrenzungen hinweggeht, und doch im Falle des
Gefühlens auch das Körperliche erschaffen gibt. (Im Falle des
Mühlens entsteht freilich ein Monument.)

So malt Corinth jetzt nur noch sein Augenmerk: Blumen,
oft wie in dem rot und gelben Stuch von ungeschörter Pracht, Sand-
schichten, auch in der Ruhe noch durchdringt vom Leben der Elemente,
Widnisse, dem Augenblick entrisen. Es ist alles das, was die
Weltlichkeit der Kunstfinden als Nachschöpfung der Wirklichkeit ge-
zeichnet. In Wahrheit ist es die Reinschöpfung durch ein Maler-
auge, die in allen Zeiten Gegenstand dieser Kunst war, und die
unser jungen Zeitgenossen mit künstlichen Mitteln vergebens ver-
suchen.

Fritz Stahl

Parteipolitik und Schulpolizei.

Tendenziöse Angriffe.

Längere Zeit richtete die Reichspresse, namentlich die „Tagliche Rundschau“, systematisch Angriffe gegen den Ministerialpräsidenten Wegg im preussischen Ministerium des Innern, der sich große Verdienste um den Aufbau der heutigen Schulpolizei erworben hat. Seit einer der Redakteure der „Taglichen Rundschau“ zum „Tag“ übergegangen ist, erscheinen die Angriffe in diesem Organ veröffentlicht. Es ist ein Artikel „Der Schupo-Skandal“, der Rannesucht und Dünkel in der Schulpolizei auf das Ausserordentliche hervorhebt, die meisten Beamten als Unabgängige und Kommunisten und in den Katernen eine offene Verhöhnung durch hochbezahlte Kattoren sieht. Zum Schluss wird die Deutsche Volkspartei zu Hilfe gerufen. Derselbe schreibt in dem unterzeichneten Polizeioffizier:

„Der Verfasser scheint sich nicht bewusst zu sein, daß er die Politik einer Partei, die er in dem ersten Teil seines Artikels mit Recht für schuldig hält, am Schluß seiner Ausführungen selbst fordert, indem er der Deutschen Volkspartei als Herz legt, das System Wegg zu befestigen. Jeder ernsthaft denkende Führer in der Schulpolizei wird über derartige Auslassungen den Kopf schütteln. Wir führen wir wünschen die völlige Entpolitisierung der Polizei. Verfüge der Deutschen Volkspartei, einen Einfluß auf sie zu gewinnen, daß eben so abzuwenden, wie ich habe es aber die große Masse der Beamtenschaft Kommunisten und Unabgängige sind, kann ich nicht sein.“

Eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit ist nur durch den Verzicht auf die Verfassung möglich. Ein solches Gesetz auch nicht für richtig. Die Mitglieder der Schulpolizei sind Beamte, nicht Soldaten, und ich habe die Erfahrung gemacht, daß bei richtiger Einwirkung der Führer es sich mit von Verbindungen einmischen arbeiten läßt. Willige Neutralität gegen alle politischen Forderungen der Parteien ist die von ihnen vordringendste Forderung, nicht umsonst ablehnen, verständigen Anregungen folgen, sachgemäße Voraussetzung der Beamtenschaft sind die Richtlinien dafür. Die Beamtenschaft steht immer mehr selber ein, daß der Kampf gegen die Parteien nicht im Hinblick der verschiedenen Polizeibeamtenschaft stehen nicht können, sondern Schaden bringt, und ich glaube, daß es bald zu einer Einigung kommen wird. Verbände und Beamtenschaft sind ein sehr nützliches Mittel.“

Nach ein Wort zu der Organisation der Polizei. Aber die Grundgedanken, auf denen unsere heutige Polizei ruht, der weiß ganz genau, welche Aufgabe sie hat, nicht nur über der Polizei bauend schwören. Die von der Entente gegebenen Bestimmungen sind so dehnbar, daß die Kontrollkommission jederzeit mit neuen Forderungen hervortreten kann. Abgesehen von den Ententebedingungen aber, muß auch aus politischen Gründen eine allmähliche Umorganisation stattfinden.

Außenpolitik leben die Gumbertschaffner an dem Ziel an Aufgaben, die sie mit ihrer Beamtenschaft erfüllen sollen. Ein erheblicher Teil, der sich aus den jüngeren Jahrgängen zusammensetzen hätte, muß interniert und zu verschiedenen Anstalten gebracht werden, da der heutige Lage entsprechend jederzeit der Gumbertschaffner politisch notwendig werden kann. Aus den Klassen des Ministeriums, die mit dieser zu Gesicht gekommen sind, besonders aus der „gelben Gefahr“ (wie die gelbegebundenen Richtigen für die Schulpolizei genannt werden) kann man entnehmen, daß dieser Abzug von Beamten, der es ist der einzige mögliche. Ganz gleichgültig, welcher Partei der Gumbertschaffner angehört, aus politischen Gründen wird er eine andere Partei nicht fliehen können. Die Forderung nach einem besonderen Staatssekretär für die Polizei wird gewiß den preussischen Finanzminister, der ja der Deutschen Volkspartei angehört, besonders in Erwägung gezogen haben.

Zusammenfassend möchte ich sagen: der Beruf des Polizeioffiziers ist ein sehr schwerer. Er verlangt von dem Führer, daß er selbst ein Muster von Mannhaftigkeit, Ehrlichkeit, Pflichttreue und eiserner Willenskraft ist, er verlangt aber auch, daß der Polizeioffizier seinen Beamten als Freund und Berater entgegentritt. Nicht durch Vorrede einer Klasse, sondern durch vorbildliches Verhalten muß der Polizeioffizier die seine Stellung gemäßenmaßen sich selbst zu erheben. Er muß Verständnis für die Sorgen, die Räte, die Verbotsentscheidung aller Volksschichten haben. Ich kann Ihnen versichern, daß der größte Teil der Polizeioffiziere, besonders die jüngeren, genau so denkt, wie ich es darzulegen versucht habe.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten.

Die Besprechungen in der Reichsanstalt.

Die Ministerpräsidenten der Länder sind heute vormittag 11 Uhr zu der von mir bereits angekündigten Konferenz in der Reichsanstalt zusammengetreten. Die Ausbreitung des Reichs ist in erster Linie der Information der Ministerpräsidenten über die gesamte innen- und außenpolitische Lage. Dr. Rathenau wird über seine Besprechungen in London, Paris und Genua berichten. Daran dürfte sich eine allgemeine Aussprache über die laufenden Fragen der auswärtigen und inneren Politik anschließen. Aber die Dauer der Konferenz der Ministerpräsidenten steht noch nicht fest.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages, der ursprünglich für heute eine Sitzung in Aussicht genommen hatte, wird infolge einer Erkrankung des Abg. Dr. Stresemann, des Vorsitzenden des Ausschusses, erst am Montag vormittag wieder zusammentreten.

Um das Steuerkompromiß.

Die Frage des Steuerkompromisses hat im Laufe des heutigen Vormittags eine klaren Fortschritt gemacht. Man erwartet innerhalb der nächstsozialistischen und der Zentrumspartei die Zustimmung einer inneren Kolonialisierung. Die Streitfrage ist gegenwärtig nur die, ob die Zinsen für die Anleihe aufbringen soll, die Industrie oder das Reich. Wegen der eine interaktionelle Sitzung stattfinden, an der voraussichtlich auch Reichsanstalt Dr. Wittich teilnimmt.

Wie wir hören, finden am 23. und 24. d. Mts. im Reichsfinanzministerium ein erstes Verhör der beiden Epochenorganisationen der Staatsanwälte zur Regelung der Epochenfinanzierungsausschüsse statt. Anschließend daran wird auch mit den Beamten verhandelt werden.

Der Kommunistenführer Fritz Geyer ist, wie die Berliner „Morgen Freiheit“ berichtet, aus der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgetreten.

Arbeiter und Angestellte als Aufsichtsratsmitglieder.

Die Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses.

Die Ergänzung des Betriebsrätegesetzes

Im Reichsausschuss für soziale Angelegenheiten wurde heute der Gesetzentwurf über die Ergänzung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsräten behandelt.

Der Regierungsvorsteher wies darauf hin, daß der Entwurf eine Ergänzung des Betriebsrätegesetzes bedeutet. Dieses Gesetz ist in § 70 die Ergänzung von in oder aus Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsräten der unternehmensbetreibenden Betriebe. Es handelt sich um einen Arbeiter und einen Angestellten, die die Verwaltung des Betriebes im allgemeinen und die Aufsichtsratsmitglieder im besonderen betreffen. Dies ist der Zweck des Gesetzes, das nichts so sehr die Arbeitsfreudigkeit, das Betriebsvertrauen und das Interesse an der Leitung der Betriebsangelegenheiten und des Betriebes zu steigern geeignet ist als die verantwortliche Mitwirkung an der obersten Leitung des Unternehmens.

Abg. Wulfsberg (N. 20.) betonte, daß bereits einzelne Firmen, insbesondere Gesellschaften mit beschränkter Haftung, dem Gesetze jetzt vorzuziehen, indem sie ihren Aufsichtsrat in Arbeiter und ihren Aufsichtsrat in Angestellten anderen Namen geben. Sie glauben dadurch formal nicht unter das Gesetz fallen zu können, da hierin ja nur die Ergänzung von Arbeitern in den Aufsichtsräten besteht.

Zusammengefaßt führte Ministerialdirektor Dr. Ritter (Reichsarbeitministerium) aus, daß das Betriebsrätegesetz nur für diejenigen Unternehmungen eine Ergänzung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsräten verlangt, für die ein Aufsichtsrat auch tatsächlich besteht, und wo nicht auf Grund anderer Gesetze eine gleichartige Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vorgesehen ist. Nun wären aber Gesellschaften mit beschränkter Haftung ebenfalls in den Aufsichtsräten vertreten. Wo also kein Aufsichtsrat besteht, könnten auch keine Betriebsratsmitglieder in ihn einfließen werden. Anders sei es, wenn eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung tatsächlich einen Aufsichtsrat besitzt. In diesem Falle ist die Ergänzung des Aufsichtsrates nicht, sondern es bezieht sich auf die Funktionen eines Aufsichtsrats erfüllt oder nicht.

Abg. Geyer (N. 20.) hielt trotz der Ausführungen das Gesetz für unzulässig, da es eine bestimmte Formulierung.

Abg. Wulfsberg (N. 20.) stimmte den Ansichten der Regierung zu. Es sei nicht angingig, eine Erweiterung des Betriebsrätegesetzes vorzunehmen, das man auch für Unternehmungen, die lediglich die Ergänzung von Aufsichtsratsmitgliedern in den Aufsichtsräten ausüben, fordere.

Der Vorsteher Dr. Witt (N. 20.) verweist hierauf, daß die Regierung eine neue Formulierung des § 70 vorlegen werde und daß der Aufsicht die Zustimmung über diesen Gesetzentwurf solange ausbleibe, bis man sich über die Grundgedanken der Änderung geeinigt habe.

Das Gesetz wurde in der Regierungsvorlage angenommen. Zu § 8 der Vorlage, bei der Ergänzung der gleichen gesetzlichen Bestimmungen auf keine Weise von Aufsichtsratsmitgliedern an ihrer verbleibenden Vertretung nachzugehen solle, betonte Abg. Wulfsberg (N. 20.), daß die gesetzliche Verpflichtung solle auf der in den Aufsichtsräten erfindenden Betriebsratsmitgliedern nur beruhen, daß die Arbeiter vor dem demgegenständlichen Gesetz demnach bleiben.

Abg. Wulfsberg (N. 20.) wies auch darauf hin, daß man eine gewisse Gleichberechtigung der Belegschaften der unternehmensbetreibenden Aufsichtsratsmitglieder immer wieder betone, daß man dann aber ihre Verpflichtung bekräftigen wolle, indem man ihre verantwortliche Stellung ausbreite. Aber mit bestimmten Worten, welche auch die Verantwortung voll mitbestimmen. Ministerialdirektor Dr. Ritter betonte ebenfalls, daß letztendlich Rechte gegenüber auch Pflichten zu schaffen sind, und daß den dementsprechenden Aufsichtsräten ein Recht einräumen.

Nach Abg. Wulfsberg (N. 20.) wurde auch gegen den beschleunigten Antrag. Man könne unmöglich den Arbeitern nur Rechte einräumen.

Darauf zog Abg. Wulfsberg (N. 20.) seinen Antrag zurück.

Der Ausschuss für den Reichstages hat heute zu einer Sitzung zusammen, in der er den Gesetzentwurf für die Belegschaften der nächsten Zeit vereinbart. Nach wird morgen neben weiteren Besprechungen die Interpellation der Reichstagsmitglieder über die Betriebsräte in Erwägung gezogen werden. Am Montag soll über das Reichsausschuss beraten werden. Dienstag wird dann die große politische Aussprache beginnen und vom 30. Januar ab die erste Sitzung des Reichstages für 1922 stattfinden.

Der Heidelberger Nordprozess.

Die mysteriösen Grabsteine.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Heidelberg, 20. Januar.

Auf Wunsch der Verteidigung wird das Kugenscheidentprotokoll vom 17. Juli vorigen Jahres verlesen. Als der Angeklagte zum ersten Male an den Ermittlungen geführt wurde, als ihm der Untersuchungsrichter damals sagte, er könne sich einmal ansehen, was er angestellt habe, erklärte Siefert: Und wenn die ganze Welt meine Schuld glaubt, ich habe es nicht getan. Ich war überhaupt noch nicht in dieser Gegend. — Dann erklärte Ministerialdirektor Dr. Witt (Heidelberg) Bericht über die Feststellungen an der Leiche, wo Siefert, als man ihn fand, so hart in Verwahrung übergeben wurde, daß die Identität überhaupt nicht festgestellt werden konnte. Es wird nun mit dem Kaiserlichen Staatsanwalt verhandelt, ob der Schlag mit einem Karabinerkolben ausgeführt sein konnte, was der Sachverständige mit Bestimmtheit bejaht. Dann werden die Zeugen vernommen, die Siefert am Abend des 29. Juni gesehen haben. Zeuge Raffallier schildert, wie der Angeklagte am Abend der Tat zwischen 10 und 11 Uhr aus dem Gebäude zurückgekommen sei, daß er dann mit ihm noch kurze Zeit in der Straßenschicht Kraftmüllers gesehen, aber nicht Aufschluß bemerkt habe. Dieser Zeuge und einige andere bekunden übereinstimmend, daß Siefert zwischen 10 und 11 Uhr abends über die Neckarbrücke die Gegend durch, also vom hinteren Hof, auf dem die Nordstraße liegt, kam. Siefert hat eine sehr gekrümmte Gesichtslinie gehabt, so daß seine Kraftmüllers ihn gefurcht hat, ob er dem Gemut habe. Eine starke Bewegung geht durch den Gesichtsausdruck, als die Zeugin Frau Raffallier sagt, daß Siefert auf die Frage, wo er gewesen sei, geantwortet habe, daß er einen Grabstein gesehen und auch jetzt sein Inneres einen Demut erhalten habe.

Siefert selbst behauptet, daß er am 29. Juni mit der letzten Straßenschicht von Heidelberg nach Heppenheim gekommen sei, wieder gefahren, daß der letzte Straßenschicht am 29. Juni in Heppenheim aufkam, Siefert aber schon zwischen 10 und 11 Uhr von Heppenheim zurückgekommen sei. Auch der Straßenschichtbefragter bekundet, daß an jenem Tage niemand in Heppenheim angekommen sei. Er behauptet, daß Siefert bei dieser Behauptung. Allen Zeugen gegenüber hat Siefert erklärt, daß er in seiner Heimat, in Cien, war. Erst später, nach seiner Verurteilung, erfuhr er die Geschichte von seiner „Mästerfahrt“, zu der ihn die beiden Fremden eingeladen haben.

Großfeuer in Tempelhof in Flammen. — Mehr als hundert Personen verletzt.

Die Anlagen in Tempelhof in Flammen. — Mehr als hundert Personen verletzt.

Das große vierstöckige Fabrikgebäude der Schokoladenfabrik Carotti & Co. in Tempelhof, Zellerstraße 10/16, hat seit heute vormittag in Flammen. Zu der ersten Vormittagsstunde bemerkten Angestellte der Firma, daß aus einzelnen Fenstern des Gebäudes dicke Rauchschwaden und Flammen schlugen. Nach eintreffender Feuerwehr zur Stelle sein konnte, war der ganze Gebäudekomplex in Rauch gehüllt, so daß auch die Treppengänge völlig verunreinigt waren. Als erste Maßnahmen wurde die Tempelhofer Feuerwehr zur Stelle. Die Berliner Feuerwehr ist sofort erschienen unter Leitung des Branddirektors Reichel mit fünf Schläuchen an der Brandstätte, auch das Rettungsmittel Berlin hatte sofort zahlreiche Geräte und Wagen nach Tempelhof geschickt. Zunächst galt es, das im Hause arbeitende Personal zu retten. Trotz außerordentlicher, sofortiger Arbeit mit Rettungsschlingen und Sprunggeräten, konnten doch noch über 100 Verletzte zu verzeichnen, denen aber sofort Hilfe zuteil werden konnte. Erst nach diesem Rettungserfolg konnte an das Löschen des Brandes gedacht werden. Inzwischen waren auch die Feuerwehren von Schöneberg, Neukölln, Britz und Marienborn eingetroffen, so daß die Bekämpfung in großen Umfang eingeleitet werden konnte. Mehr als 20 Schläuche, Wasser- und Dampfstrahlen, die zum größten Teil aus dem Zeitlokal gespeist werden, sind zur Stunde noch in Tätigkeit. Es das Feuer in mehreren Etagen und auch im Dachstuhl wütet, bietet der Schokoladenfabrikbesitzer, Sinsu kommt noch, daß viele dicke und Qualmströme immer neue Brand- und Gefahrenherde bilden. Die Flammen finden untergeordnet eine Nahrung an der großen Vorräte in den Lageräumen.

Der Brand ist im Parkraum der Fabrik, im Keller, wo fertige und unferne Waaren, Kisten und Holzpolle lagerten, ausgebrochen. Durch Aufschichte hat sich dann der Brand auf die oberen Etagen ausgebreitet. Mehrere mechanische Ketten konnten 300 Personen in Sicherheit gebracht werden. Die Umkleekabine ist noch unbekannt. Mit Ausnahme des Aufstiegsbereichs der ganzen Fabrikkomplex. Der Brand dürfte noch einige Stunden andauern. Der Schaden ist noch nicht zu beziffern.

Von anderer Seite erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Unter den hundert von Angestellten der Fabrik drach bei Ausbruch des Brandes eine fürstliche Bank aus, alles führte die verunreinigten Korridore entlang. Frauen drücken unter der Einwirkung der Panik, die in einem der Räume ausgebrochen war, hatte in kurzer Zeit einen so gewaltigen Umfang erreicht, daß von Erdgeschloß bis zum Dach hinauf die hellen Flammen durch das Gebäude schlugen. Die Arbeit ist für die Feuerwehr infolge der Rauchbildung sehr schwierig. Die Gipfelerweiterung ist in diesem Bereich sehr schwierig. Die Gipfelerweiterung ist in diesem Bereich sehr schwierig. Die Gipfelerweiterung ist in diesem Bereich sehr schwierig.

Koalitionserweiterung in Bayern?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 20. Januar.

Die interaktionelle Besprechung der Koalitionserweiterung des bayerischen Landtages ergab die Vereinbarung, daß alle drei Fraktionen der Regierungskoalition, Bayerische Volkspartei, Zentrum und Bayerische Arbeiterpartei, die Koalitionserweiterung durch die Aufnahme der Mittelpartei (Katholischer Volkspartei) und Deutscher Volkspartei einverstanden erklären. Unentschieden blieb vorläufig noch die Frage, ob die Erweiterung der Koalition Änderungen des bisherigen Koalitionsprogramms zur Folge haben soll. Die Vereinbarung hierüber wurde zurückgestellt, bis interne Beschlüsse der drei bisherigen Koalitionsparteien dazu vorliegen.

Wochenversammlung des Reichstages für Berlin und Unseren.

Die Verhandlungen über die Reichstagsfraktion.

Die Reichstagsfraktion hat heute eine Sitzung in Aussicht genommen, die von 11 Uhr bis 12 Uhr in der Reichstagsfraktion stattfinden wird. Die Verhandlungen werden sich auf die Reichstagsfraktion beziehen, die von 11 Uhr bis 12 Uhr in der Reichstagsfraktion stattfinden wird. Die Verhandlungen werden sich auf die Reichstagsfraktion beziehen, die von 11 Uhr bis 12 Uhr in der Reichstagsfraktion stattfinden wird.

